

05. Mai 2020

Seite 13

Auflage	104'397 Ex.	Neue Zürcher Zeitung
Reichweite	247'000 Leser	8021 Zürich
Erscheint	6 x woe	www.nzz.ch
Fläche	30'900 mm <sup>2</sup>	Tobias Gafafer
Wert	4'500 CHF	



# Der Sozialhilfe droht bald ein doppeltes Problem

Die Massnahmen des Bundesrats für Selbständigerwerbende wirken bis anhin – dennoch dürften die Kosten stark steigen

TOBIAS GAFAFER

Die Szenarien waren düster. Wegen der Corona-Krise rechneten Fachleute bereits mit Tausenden von neuen Fällen in der Sozialhilfe. Doch die grosse Zunahme ist bis anhin ausgeblieben. «Gegenwärtig liegt die Zahl der Anträge nur leicht über dem Normalniveau», sagt Christoph Eymann, Nationalrat (Idp., Basel-Stadt) und Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Diese steht regelmässig mit den kantonalen und kommunalen Sozialdiensten in Kontakt.

Zwar verzeichneten diese Mitte März, als die Krise die Schweiz erfasste, einen Anstieg der Anfragen. Doch kurz darauf dehnte der Bundesrat die Kurzarbeit aus und führte auch für betroffene Selbständigerwerbende einen Erwerbsersatz ein. Nur bei diesen ist es möglich, dass sie so schnell von der Sozialhilfe abhängig werden. Andere Erwerbstätige können zuerst «stempeln», bis sie ausgerechnet werden.

Die vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen zahlen sich nun aus – auch wenn es teilweise zu längeren Wartezeiten kommt, weil die Hilfssysteme stark beansprucht sind. Die Sozialhilfe gilt in der Schweiz lediglich als letztes Auffangnetz.

Hinzu kommen weitere Faktoren. Ein Anstieg der Anträge bedeutet noch nicht, dass auch mehr Sozialhilfe bezogen wird. Die Skos hat bis anhin keine Zunahme der Leistungen verzeichnet. Es gelte zwischen den Anfragen und der tatsächlichen Unterstützung zu unterscheiden, sagt Felix Wolfers, Leiter des Berner Sozialamts. «Im März waren viele Leute verunsichert, weshalb die Anfragen in die Höhe geschwellt sind.»

## Billigere Wohnung

Eine Studie der Zürcher Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) war im April zum Schluss gekommen, dass sich die neuen Anträge vervierfacht hätten. Das Papier ging aber weder auf die Zahl der zusätzlichen Bezüger ein, noch untersuchte es, wie die bundesrätlichen Massnahmen wirken.

Zudem gibt es Sozialhilfe nur unter gewissen Auflagen, was offenkundig nicht allen potenziellen Bezüger bewusst war. Anspruchsberechtigte müssen unter anderem ihr Vermögen bis auf 4000 Franken aufgebraucht haben. «Wer Sozialhilfe beantragt, muss einiges in Kauf nehmen», sagt Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde von Regensdorf und Nationalrätin (svp., Zürich). Manche scheuten dies, weil sie ihre Wohnung wechseln oder das Auto verkaufen müssten.

In den nächsten Monaten rechnet Skos-Präsident Eymann jedoch mit einer Zunahme der Bezüger. Er erinnert daran, dass die Dauer des Erwerbsersatzes für betroffene Selbständigerwerbende auf zwei Monate beschränkt ist. Fragezeichen gebe es auch bei jenen Personen, die von ihrem Vermögen lebten, weil sie die Voraussetzungen für die Sozialhilfe nicht erfüllten. «Die Zunahme wird sich erst mittelfristig zeigen, ist aber zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit steigt», sagt Wolfers vom Berner Sozialamt.

Ein Anstieg der Sozialhilfefälle würde in eine heikle Phase fallen. Auch ohne Corona kommen ab 2021

auf die Kantone und Gemeinden bereits substanzielle Mehrausgaben zu. Nach fünf beziehungsweise sieben Jahren müssen sie vom Bund die Sozialhilfe für Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene übernehmen, die mit der letzten Flüchtlingskrise in grosser Zahl in die Schweiz gekommen sind. Allein 2015 betrug die Zahl der Asylgesuche rund 40 000.

Die Behörden rechnen damit, dass sie im Schnitt während 25 Jahren die Sozialhilfe für die Flüchtlinge übernehmen müssen. Gemäss Modellrechnungen betragen die kumulierten Kosten für einen durchschnittlichen Jahrgang in dieser Periode 1,2 Milliarden Franken. «Die Kantone und Gemeinden werden ohnehin höhere Kosten haben», sagt Wolfers vom Berner Sozialamt. Mit der Krise dürfte sich die Entwicklung noch verschärfen.

## Schwierige Integration

Für Skos-Präsident Eymann ist deshalb klar, dass es grössere Anstrengungen braucht, um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu bringen. Sonst drohe bei der Sozialhilfe ein doppeltes Problem. Der Bund hat zwar die Mittel für die Integration von Flüchtlingen aufgestockt und weitere Massnahmen verabschiedet. Doch ob diese Bemühungen fruchten, muss sich erst zeigen.

Eine Rezession erschwert es erfahrungsgemäss, Sozialhilfebezüger in den Arbeitsmarkt zu integrieren – unabhängig davon, ob es sich um Schweizer oder Ausländer handelt. Zudem hat die Skos wegen der Pandemie empfohlen, vorübergehend auf berufliche Massnahmen zu verzichten.